



Mitglieder der SPD-Ratsfraktion



UNSER  
HENNEF

AKTUELL

Zeitung der SPD-Ratsfraktion

## Die Arbeit der SPD im Stadtrat. Wir setzen unser Wahlprogramm um.

### Erhalt der Schulsozialarbeit

Mit dem Wegfall der Bundesfinanzierung drohte das Aus für die Schulsozialarbeit an Hennefer Schulen. Die SPD drängte darauf, dass die Stellen notfalls mit städtischen Mitteln erhalten bleiben müssen. Nun unterstützt die rot-grüne Landesregierung die Weiterfinanzierung mit einem 60-prozentigen Zuschuss. Im Schulausschuss setzte sich die SPD mit der Forderung durch, alle Stellen zu erhalten und den kommunalen Eigenanteil im Haushalt bereitzustellen. Damit kann es weitergehen!

### Bildungspaten für Hennef

Um Schülerinnen und Schülern Unterstützung bieten zu können, deren Eltern sich keine teure Nachhilfe leisten können, hat die SPD-Fraktion das Projekt „Bildungspaten für Hennef“ im Schulausschuss angestoßen. Die Grundschulen begrüßten diese Idee. Nun soll die Verwaltung Wege finden, wie solche Patenmodelle dezentral an den Schulen initiiert werden können, sodass auch der Austausch zwischen Lehrern und Paten sichergestellt ist.

### Kultur fördern

Kulturförderung ist auch in Zeiten leerer Kassen eine wichtige kommunale Aufgabe. Die SPD möchte vor allem Angebote stärken, die von allen leicht genutzt werden können. Deshalb soll es weitere „offene Bücherschränke“ in Uckerath und Geistingen geben. Außerdem ist es nach wie vor ein Anliegen, jungen Bands einen freien Proberaum zur Verfügung zu stellen. Einen Antrag dazu hat die SPD in den Kulturausschuss eingebracht. Die Verwaltung sucht derzeit nach geeigneten Räumlichkeiten.

### Klimaschutz stärken

Der Schutz von Klima und Umwelt liegt uns allen am Herzen. Der Ausbau erneuerbarer Energien erfolgt im Rhein-Sieg-Kreis jedoch weiter im Schneckentempo. Gerade einmal 4 des Stroms werden im Kreisgebiet aus erneuerbaren Energien erzeugt. Ein genauer Wert für Hennef liegt nicht vor. Die Stadt hat sich auf den Weg gemacht, ein Klimaschutzkonzept zu entwickeln, das Möglichkeiten zur Energieeinsparung und sauberen Energiegewinnung aufzeigen soll.



Impressum: SPD-Fraktion im Hennefer Stadtrat. Mario Dahm (V.i.S.d.P.). Rathaus Hennef. 53773 Hennef.

## Großer Einsatz der Stadt und vieler Helferinnen und Helfer Flüchtlinge sind in der Stadt Hennef willkommen

Die Vielzahl der Krisenherde weltweit lässt die Anzahl der Flüchtlinge steigen. Auch in Hennef müssen wir Asylsuchende unterbringen und integrieren. Dies gelingt bisher ohne größere Wohnheime in Wohnungen im Stadtgebiet. Das ist nicht nur integrationsfördernd, sondern führt auch dazu, dass es bisher in Hennef so gut wie keine Probleme gibt. Die Hennefer Hilfsbereitschaft hat sich jüngst erwiesen, als kurzfristig 150 Flüchtlinge spontan in der Turnhalle

„Am Kuckuck“ untergebracht werden mussten. Dass dies gelungen ist, ist den Mitarbeitern der Stadt und den vielen ehrenamtlichen Helfern zu verdanken. Auch die Spendenbereitschaft überschritt die Lagerkapazitäten bei weitem. Das alles zeigt, dass Flüchtlinge bei uns in Hennef willkommen sind. Dennoch ist der Bund gefordert, die Kommunen finanziell zu entlasten. Eine Aufgabe für Hennef ist auch die Versorgung mit Schulplätzen in „Internationalen

Vorbereitungsklassen“. Hier haperte es zuletzt noch. Die SPD drängt darauf, dass Kinder möglichst schnell zur Schule gehen können, um dort vor allem Deutsch zu lernen. Um bürokratische Hürden vor einem Arztbesuch abzubauen, hat die SPD-Fraktion beantragt, der Rahmenvereinbarung des Landes beizutreten, damit Gesundheitskarten an Asylsuchende ausgegeben werden können. Damit entfielen der Gang zum Amt vor einem Arztbesuch.

### OGS-Plätze fehlen

Der Bedarf an Plätzen in der „Offenen Ganztagschule“ steigt. Doch an fast allen Grundschulen bestehen Wartelisten. Angesichts des guten Angebots in der Kinderbetreuung erwarten Eltern auch in der Schule weiterhin eine Betreuung und können oder wollen nicht mit der Einschulung aus dem Beruf aussteigen. Besonders angespannt ist die Situation an der Kastanienschule in Söven. Die SPD-Fraktion hat deshalb beantragt, Mittel aus dem Investitionspaket für finanzschwache Kommunen für einen Anbau zu nutzen, um so das Angebot in der Obergemeinde zu erweitern.

### Leere Kassen in Hennef Stadt muss in Haushaltssicherung

Die Kassen sind leer. Das ist seit langem bekannt, doch ab nächstem Jahr muss die Stadt Hennef in die Haushaltssicherung, weil das Minus zu groß geworden ist. Grund dafür sind u.a. geringere Gewerbesteuererlöse und höhere Personalaufwendungen bei einem ohnehin knapp kalkulierten Gesamthaushalt. Haushaltssicherung bedeutet, dass die Stadt nun ein Konzept vorlegen muss, um innerhalb von zehn Jahren wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Die Beratungen beginnen im Herbst, wenn der Bürgermeister einen



Vorschlag in den Rat einbringt. Für die SPD ist klar, dass wir die freiwilligen Ausgaben in den Bereichen Jugend, Vereine und Soziales erhalten wollen. Bei den Beratungen setzt die SPD auf Transparenz und Bürgerbeteiligung.





Wenn Sie Fragen, Anliegen, Ideen oder Anregungen haben, dann sprechen Sie uns gerne an. Unsere Fraktion erreichen Sie unter folgenden Kontaktdaten:

Telefon: 02242 / 888 292 | Mail: SPD@hennef.de  
www.spd-hennef.de

## SPD-Fraktion plädiert für „City-Ring“ Veränderungen in der Hennefer Innenstadt

In der Hennefer Innenstadt stehen einige Veränderungen an. Nachdem das Parkhaus in der Bahnhofstraße abgerissen werden musste, wurde die Fläche zunächst provisorisch als Parkplatz hergerichtet. Zukünftig soll an gleicher Stelle ein neues Parkhaus entstehen, das auch Raum für kleinere Geschäfte bietet. Vor einem Neubau erscheint der SPD-Fraktion allerdings eine genaue Analyse des Parkraumbedarfs angebracht. An der Ecke Lindenstraße/Mozartstraße soll ein neues Wohn- und Geschäftshaus gebaut werden, in dem ein großer Textilmarkt Platz finden soll. Eine

Planung für den Heiligenstädter Platz (Parkplatz vor „dm“) gibt es noch nicht. Hier drängt die SPD-Fraktion auf Zurückhaltung. Es sollte nur weiter geplant werden, wenn ein konkreter Bedarf für Gewerbeflächen vorliegt, der nicht anders gedeckt werden kann. Im Rahmen dieser Baumaßnahmen hat die SPD-Fraktion eine Überprüfung des Verkehrs in der Innenstadt auf die Tagesordnung gesetzt. Gerade die Frankfurter Straße bietet immer wieder Konfliktpotential zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmern. Um mehr Raum für Fußgänger, Radfahrer, Fahrrad- und

Autoparkplätze, aber auch für Außen-gastronomie oder Stadtbegrünung zu schaffen, plädiert die SPD für einen „City-Ring“ mit einer Einbahnstraßen-regelung für einen kleinen Bereich des Zentrums. Doch der Widerstand seitens der CDU für eine solche Attraktivitätssteigerung des Zentrums ist groß. Um direkt vor Ort über eine mögliche Verkehrsführung zu diskutieren, hatte die SPD-Fraktion vor Kurzem interessierte Hennefer und Henneferinnen zu einer gemeinsamen Begehung eingeladen. Die Anregungen bringt die SPD nun in die weiteren Beratungen ein.

## Bürgerbeteiligung ausgebremst

Über die richtige Form der Bürgerbeteiligung wird in Hennef immer wieder gestritten. Der SPD-Antrag, Bürgerinnen und Bürgern zukünftig in Sitzungen der Fachausschüsse eine Fragemöglichkeit zu geben, wurde von CDU, FDP und „Unabhängigen“ abgelehnt. Die SPD wollte den Hennefern so die Gelegenheit bieten, zu Punkten auf der Tagesordnung Stellung zu nehmen, da immer wieder Enttäuschung herrscht, wenn Zuschauer erfahren, dass sie kein Rederecht haben, auch wenn sie die Entscheidung konkret betrifft. Die Notwendigkeit einer Verbesserung des Bürgerhaushalts durch ein Online-Forum sehen Bürgermeister und Ratsmehrheit ebenfalls nicht. Zur Steigerung der Transparenz wollte die SPD-Fraktion außerdem die Rats-sitzungen im Internet übertragen. Auch das lehnten CDU, FDP und „Unabhängige“ ab.



## Attraktive Dörfer für Jung und Alt

Die älter werdende Bevölkerung stellt eine Herausforderung für die Dorfentwicklung auch in Hennef da. Ein Gutachten der Stadt geht sogar so weit, dass künftig einige Dörfer austerben werden. Die SPD-Fraktion möchte, dass Hennef „Stadt der 100 Dörfer“ bleibt und nicht der 80 oder 70 Dörfer. Dafür müssen wir in die Dorfentwicklung investieren. Den Vorschlag der CDU-Fraktion, den Kauf alter Häuser großflächig zu subventionieren, lehnt die SPD aber ab. Niemand zieht in ein Dorf, nur weil es einen Zuschuss gibt. Stattdessen

sollte das Geld nachhaltig in die dörfliche Infrastruktur investiert werden, in Nahverkehr, Nahversorgung, schnelles Internet, Jugendangebote und Gemeinschaftsräume. Davon profitieren nicht einzelne, sondern viele. Die SPD-Fraktion möchte weiterhin die Angebote für Kinder und Jugendliche auch in den Außenorten stärken. Außerdem soll das Modell eines „Jugendtaxi“ junge Leute künftig nachts besser und sicher nachhause bringen. Durch ein Gut-scheinsystem würden Taxifahrten so günstiger.

## Nach Problemen bei der Anmeldung folgt Schulausschuss SPD-Vorschlag Jedes Kind bekommt einen Schulplatz in Hennef

Jedes Hennefer Kind bekommt einen Schulplatz in Hennef. Das sollte doch selbstverständlich sein. Ist es aber nicht! Oder besser: war es nicht. Bis kurz vor den Sommerferien hatten 14 Hennefer Schülerinnen und Schüler keinen Platz an einer weiterführenden Schule in Hennef. Anders als die Nachbarkommunen hatte Hennef die Chance, die das Schulgesetz eröffnet, Hennefer Kindern den Vorrang zu geben, nicht wahrgenommen. Jetzt ist aber klar, dass ab dem kommenden Aufnahmeverfahren zunächst alle Hennefer Schülerinnen und Schüler einen Platz an den beiden Gesamtschulen bzw. am Gymnasium bekommen, bevor Kinder aus anderen Kommunen aufgenommen werden. Die SPD-Fraktion hatte sich bereits im November 2014 vehement für die

für die Umsetzung des § 46 des Schulgesetzes eingesetzt, der die vorrangige Aufnahme der „eigenen“ Kinder ermöglicht. Der Ratsbeschluss erfolgte jedoch erst im Juni 2015.

Die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Inklusion, Veronika Herchenbach-Herweg (SPD) zeigte sich erfreut: „Endlich haben Eltern die Sicherheit, dass ihr Kind ein Anrecht auf einen Schulplatz an einer Hennefer weiterführenden Schule hat.“ Auch die 14 Kinder, die zunächst abgelehnt wurden, besuchen seit Schuljahresbeginn eine Hennefer Schule. An der Gesamtschule Hennef-West wurde eine Überhangklasse eingerichtet. Damit auch alle Hennefer Kinder zum nächsten Schuljahr einen Schulplatz in Hennef



bekommen, wird die SPD das Thema weiter verfolgen. Zahlen sind zu interpretieren und Lösungen frühzeitig zu finden. Dabei ist auch die Erhöhung der Zügigkeit der Hennefer weiterführenden Schulen nicht auszuschließen.

## SPD-Fraktion fordert Ende der Verhinderungspolitik Mehr bezahlbare Wohnungen bauen

können und wegziehen müssen. Dieses Missverhältnis zwischen Bedarf und Bestand prangert die SPD-Fraktion seit Jahren an und trifft vor allem auf taube Ohren. „Wohnen darf kein Luxus werden. Deshalb ist die Politik gefordert, konsequent und intelligent gegenzusteuern“, so der sozialpolitische Sprecher der SPD, Mario Dahm. Mittlerweile scheint man auch in der Verwaltungsspitze erkannt zu haben, dass in einer Stadt nicht nur Wohnraum im gehobenen Preissegment gebaut werden kann. Die Position der SPD ist eindeutig: Die Verhinderungspolitik muss ein Ende haben. Der Wirtschaftsausschuss beauftragte die Verwaltung auf Antrag der SPD-Fraktion nun, mit der

Wohnungsbaugesellschaft des Rhein-Sieg-Kreises konkret über Bau-projekten in Hennef zu verhandeln. Dabei geht es neben öffentlich geförderten Wohnungen auch um frei finanzierte, da der Wohnbedarf generell steigt. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern an der tendenziell sinkenden Haushaltsgröße. Außerdem soll die Verwaltung prüfen, ob eine Wohnungsmarktanalyse Vorteile für Hennef bietet und welche stadtplanerischen Mittel den Bau von bezahlbaren Wohnungen steuern und initiieren können. Dazu bedarf es eines Konzeptes mit sinnvoller Flächenausweisung und einer abgestimmten Sozialraumplanung.



Wohnen wird immer teurer, auch in Hennef. Besonders der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen steigt immer weiter an, während der Bestand sinkt. Man kann davon ausgehen, dass aktuell mindestens 300 preisgebundene Wohnungen in Hennef fehlen. Die Konsequenz ist, dass sich Menschen mit niedrigem Einkommen oder kleiner Rente ein Leben in ihrer Stadt nicht mehr leisten

